

Niederschrift

über die Sitzung (öffentlicher Teil)
**des Ausschusses für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und
Arbeitsförderung**

am Mittwoch, **06.09.2017**, 18:05 Uhr - 19:59 Uhr,
Raum 2/1, Stadthaus 2, Ludgeriplatz 4, 48151 Münster

Anwesend waren:

von der CDU-Fraktion:

Gaby Comos-Aldejohann, Sven Gotthal, Richard-Michael Halberstadt, Babette Lichtenstein-van Lengerich, Christel Loschelder, Peter Wolfgarten,

von der SPD-Fraktion:

Doris Feldmann, Thomas Kollmann, Ursula Loroch, Meik Tafelski, Maria Winkel,

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL:

Andrea Blome, Otto Reiners, Udo Schröder-Hörster, Harald Wölter,

von der FDP-Fraktion:

Claudia Grönefeld,

von der Fraktion DIE LINKE.:

Martin Scholz,

auf Vorschlag der Ratsgruppe Piraten/ÖDP:

Joachim Bruns,

Sachkundige Einwohner/innen:

Yildirim Eroglu, Margareta Seiling, Gudrun Sturm (18:08 Uhr - 19:24 Uhr; TOP 3 - TOP 11),
Arnold Voskamp,

von der Verwaltung:

Stadträtin Cornelia Wilkens, Dagmar Arnkens-Homann, Brigitte Berghoff, Ralf Bierstedt, Britta Bülter, Dr. Axel Iseke, Hendrik Klaes-Klagge, Christine Menke, Florian Meyer, Dr. Norbert Schulze Kalthoff, Christine Westphal, Petra Woldt,

für die Schriftführung:

Barbara Hamisch,

Es fehlte/n:

Elke Haves, Christoph Kattentidt, Otmar Knüvener, Karin Reismann, Sylvia Rietenberg,

nichtöffentlicher Sitzungsteil Keiner.**Tagesordnung****Öffentliche Sitzung**

- | | | |
|--------------------------|------|---|
| | 1. | Einführung und Verpflichtung neuer Mitglieder |
| | 2. | Festsetzung der Tagesordnung |
| | 3. | Eingänge und Mitteilungen |
| | 3.1. | Eingänge |
| | 3.2. | Mitteilungen |
| | 4. | Anträge und Anfragen von Mitgliedern des Ausschusses |
| <u>V/0638/2017</u>
IV | 5. | Bericht und Finanzierungsvorschlag zu dem Maßnahmenprogramm einer kind- und jugendbezogenen Armutsprävention in Münster |
| <u>V/0612/2017</u>
IV | 6. | "Chancengleichheit ermöglichen: Frühe Bildung geflüchteter Kinder fördern"
Antrag der SPD-Ratsfraktion A-R/0016/2017 |
| <u>V/0662/2017</u>
V | 7. | Kommunale Stiftungen / Geänderte Wirtschaftspläne für das Jahr 2017 |
| <u>V/0665/2017</u>
V | 8. | Satzungen der kommunalen Stiftungen (örtliche Stiftungen gem. § 100 GO NRW); hier: Satzungsänderung |
| <u>V/0537/2017</u>
V | 9. | Zukünftige Form der Hüfferstiftung: - Auflösung der rechtlich unselbstständigen Treuhandstiftung - Übernahme des Vermögens und des Stiftungszwecks durch die Stiftung Magdalenenhospital |

<u>V/0511/2017</u> V	10.	Verbindlicher kommunaler Pflegebedarfsplan für Münster 2017 - 2020
<u>V/0651/2017</u> V	11.	Handlungsempfehlungen der Kommunalen Gesundheitskonferenz zum Thema Männergesundheit
<u>V/0597/2017</u> V	12.	Umsetzung des § 16h SGB II im Jobcenter der Stadt Münster
<u>V/0595/2017</u> V	13.	Darstellung und Weiterentwicklung der öffentlich geförderten Beschäftigung (öGB) im Jobcenter der Stadt Münster
	14.	Verschiedenes

Herr Kollmann eröffnete um 18:05 Uhr die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung und stellte die ordnungsgemäße Einberufung fest.

Punkt 1 der Tagesordnung Einführung und Verpflichtung neuer Mitglieder

Zu verpflichtende Mitglieder waren nicht anwesend.

Punkt 2 der Tagesordnung Festsetzung der Tagesordnung

Frau Winkel beantragte, die unter Punkt 6 der Tagesordnung aufgeführte Vorlage V/0612/2017 - "Chancengleichheit ermöglichen: Frühe Bildung geflüchteter Kinder fördern" Antrag der SPD-Ratsfraktion A-R/0016/2017 – soweit gewünscht zwar zu diskutieren, dann aber wegen zusätzlichen Beratungsbedarfs ohne Beschlussfassung in das nächste Gremium zu schieben.

Widerspruch gegen diesen Vorschlag wurde nicht erhoben.

Die Tagesordnung wurde wie vorgesehen festgesetzt.

Punkt 3 der Tagesordnung Eingänge und Mitteilungen

Punkt 3.1 der Tagesordnung Eingänge

Frau Arnkens-Homann

- 3.1.1 wies auf das Schreiben des Vereins Interesse Brasil Alemanha e. V. an den Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung vom 12.07.2017 und den aktuellen Sachstand hin.

Das Schreiben und der Bericht sind der Niederschrift beigelegt – Anlagen **1a und 1b**.

- 3.1.2 machte auf den Jahresbericht 2016 der Alexianer GmbH aufmerksam. Herr Kollmann habe als Vorsitzender des Ausschusses für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung ein Exemplar erhalten. Einige zusätzliche Exemplare könnten bei Bedarf bei Frau Hamisch angefordert werden.

Punkt 3.2 der Tagesordnung

Mitteilungen

Frau Arnkens-Homann

- 3.2.1 stellte die aktuellen Daten zur Flüchtlingssituation in Münster vor und beantwortete Fragen der Mitglieder. Das Datenblatt ist der Niederschrift beigelegt – **Anlage 2**.
- 3.2.2 informierte zu Finanzierungsfragen zum Münster-Pass. Die Information ist der Niederschrift beigelegt – **Anlage 3**.
- 3.2.3 berichtete über den Stand der Suche nach einer neuen Immobilie für das Frauenhaus Wolbeck. Der Bericht ist der Niederschrift beigelegt – **Anlage 4**.

Herr Bierstedt

- 3.2.4 informierte über die Umsetzung des Organisationsprozesses des Jobcenters. Die Information ist der Niederschrift beigelegt – **Anlage 5**.
- 3.2.5 stellte die Inforeihe für Migrantinnen und Migranten mit vier neuen Veranstaltungen vor. Die Information ist der Niederschrift beigelegt – **Anlage 6**.

Punkt 4 der Tagesordnung

Anträge und Anfragen von Mitgliedern des Ausschusses

Die gemeinsame Anfrage der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL vom 04.09.2017 an die Verwaltung wegen der Gewährung von Sachleistungen nach §§ 61 ff SGB XII (Hilfe zur Pflege) wurde unter dem Punkt 10 der Tagesordnung thematisiert.

Punkt 5 der Tagesordnung V/0638/2017

Bericht und Finanzierungsvorschlag zu dem Maßnahmenprogramm einer kind- und jugendbezogenen Armutsprävention in Münster

Frau Bülter stellte die Vorlage vor. Sie und Frau Berghoff beantworteten zahlreiche Fragen der Mitglieder.

Frau Winkel schlug vor, die Vorlage auch im Ausschuss für Schule und Weiterbildung zu beraten.

Herr Kollmann regte an, künftig zusätzlich stadtteilbezogene Auswertungen vorzunehmen und dabei auch auf das Sozialmonitoring zurückzugreifen.

Vertreterinnen und Vertreter aller Fraktionen bedankten sich für die Vorlage.

Herr Reiners gab für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL und die CDU-Fraktion folgende gemeinsame Erklärung zu Protokoll:

Die präventiven Maßnahmen werden nicht nur wohlwollend geprüft, sondern wir werden diese wichtige Arbeit unterstützen und die finanziellen Mittel in den Haushalt 2018 einstellen.

Frau Winkel und Herr Scholz brachten folgenden gemeinsamen Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE. ein:

Die SPD-Fraktion und die Fraktion DIE LINKE. im Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung streben an, dass für die unter 5.3 der Vorlage aufgeführten Maßnahmen die notwendigen Mittel im Haushalt 2018 bereitgestellt werden sollen.

Der gemeinsame Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE. wurde mehrheitlich (CDU, Bündnis 90/Die Grünen/GAL, FDP, Piraten/ÖDP) bei Fürstimmen (SPD, Die LINKE.) abgelehnt.

Anschließend beschloss der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung die Vorlage einstimmig bei einer Enthaltung (DIE LINKE.) und empfahl dem Haupt- und Finanzausschuss sowie dem Rat:

Beschlussvorschlag:

I. Sachentscheidung:

1. Der Rat nimmt den Bericht zu dem Maßnahmenprogramm einer kind - und jugendbezogenen Armutsprävention in Münster für die Jahre 2015-2017 zur Kenntnis.
2. Der Rat beschließt, dass in den Stadtteilen Berg Fidel, Gremmendorf, Angelmodde, Kinderhaus, Gievenbeck, Hiltrup, Wolbeck und Mitte ab dem 01.01.2018 die Stellenanteile für die Stadtteilkoordination Frühe Hilfen mit 3,25 VZÄ bei freien Trägern der Jugendhilfe verstetigt werden. Hierzu werden ab 2018ff. jährlich Mittel in Höhe von 227.500€ zur Verfügung gestellt.
3. Der Rat beschließt, den kommunalen Eigenanteil für die Bundesinitiative Frühe Hilfen in Höhe von 33.500 € jährlich ab 01.01.2018 durch Mittel der Hilfen zur Erziehung zur Verfügung zu stellen, um den Förderbetrag des Bundes in voller Höhe zu erhalten.
4. Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass die darüber hinaus aufgeführten Präventionsmaßnahmen zum 31.12.2017 auslaufen, sofern der Rat keine weiteren Haushaltsmittel zur Verfügung stellt. Diese zusätzlichen Maßnahmen sind zwar wünschenswert, aber aus dem Gesamthaushalt ohne Deckungsvorschlag nicht finanzierbar.

II. Finanzielle Auswirkungen:

Im Haushaltsplan 2018ff. sollen finanzielle Mittel für den Erhalt der Stadtteilkoordination Frühe Hilfen in der Stadt Münster bereitgestellt werden.

Finanzierung/Mittelbereitstellung

Die o. g. Sachentscheidung ist wie folgt zu finanzieren:

Teilergebnisplan					
	Nr.	Bezeichnung	Haus- haltsjahr	Betrag €	Bemerkungen
Produktgruppe Zeile	0604 16	Familienförderung Sonstige ordentliche Aufwen- dungen	2018ff.	227.500 €	3,25 VZÄ Freie Träger der Kinder- und Jugendhilfe
Produktgruppe Zeile	0605 15	Hilfen zur Erziehung Transferaufwendungen	2018 ff.	33.500 €	Kommunaler Eigenanteil für die Bundesiniti- ative Frühe Hilfen Deckung: 0605
Summe:				261.000 €	

Die zur Finanzierung erforderlichen Ermächtigungen sind im Haushaltsplan 2018 ff bei o. g. Produktgruppe veranschlagt bzw. vorgesehen. Es wird zur Kenntnis genommen, dass die Beschlussausführung unter dem Vorbehalt steht, dass der Rat im Rahmen der Haushaltssatzung 2018 (Ergebnis- und Finanzplanung) die Ermächtigung bereitstellt.

**Punkt 6 der Tagesordnung
V/0612/2017**

**"Chancengleichheit ermöglichen: Frühe Bildung
geflüchteter Kinder fördern"
Antrag der SPD-Ratsfraktion A-R/0016/2017**

Die Vorlage wurde wegen zusätzlichen Beratungsbedarfs ohne Diskussion und ohne Beschlussfassung in das nächste Gremium geschoben (siehe Punkt 2 der Tagesordnung).

**Punkt 7 der Tagesordnung
V/0662/2017**

**Kommunale Stiftungen / Geänderte Wirtschafts-
pläne für das Jahr 2017**

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung beschloss die Vorlage ohne Aussprache einstimmig und empfahl dem Haupt- und Finanzausschuss sowie dem Rat:

Beschlussvorschlag:

I. Sachentscheidung:

Die geänderten Wirtschaftspläne 2017 der von der Stadt Münster verwalteten rechtlich selbstständigen Stiftungen

Vereinigte Pfründnerhäuser und Pfründnerhaus Kinderhaus

sowie der Eigentümergemeinschaft

Altenwohnungen am Klarastift,

die sich gegenüber den vom Rat am 14.12.2016 genehmigten Wirtschaftsplänen 2017 (Vorlage Nr. V/0959/2016) in den aus der Anlage ersichtlichen Positionen geändert haben, werden genehmigt.

II. Finanzielle Auswirkungen:

Die finanzwirksamen Auswirkungen werden in den Wirtschaftsplänen ersichtlich; der städtische Haushalt ist nicht betroffen.

Punkt 8 der Tagesordnung V/0665/2017	Satzungen der kommunalen Stiftungen (örtliche Stiftungen gem. § 100 GO NRW); hier: Satzungsänderung
---	--

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung beschloss die Vorlage ohne Aussprache einstimmig und empfahl dem Haupt- und Finanzausschuss sowie dem Rat:

Beschlussvorschlag:

I. Sachentscheidung:

1. § 6 Abs. (1) der jeweiligen Satzung der rechtlich selbstständigen Stiftungen

- a) Magdalenenhospital
- b) Siverdes
- c) Vereinigte Pfründnerhäuser
- d) Pfründnerhaus Kinderhaus
- e) Bürgerwaisenhaus

wird wie in der Anlage durch Fettdruck kenntlich gemachten Ergänzung neu gefasst.

2. Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass bei den rechtlich unselbstständigen örtlichen Stiftungen

- a) Friedrich und Irmgard Buschmann
- b) Generalarmenfonds
- c) Hüfferstiftung

keine entsprechenden Satzungsänderungen erforderlich sind, weil deren Stiftungsvermögen von der Stadt Münster treuhänderisch im eigenen Namen verwaltet wird.

II. Finanzielle Auswirkungen:

Keine Auswirkungen.

Punkt 9 der Tagesordnung V/0537/2017

Zukünftige Form der Hüfferstiftung: - Auflösung der rechtlich unselbstständigen Treuhandstiftung - Übernahme des Vermögens und des Stiftungszwecks durch die Stiftung Magdalenenhospital

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung beschloss die Vorlage ohne Aussprache einstimmig und empfahl dem Haupt- und Finanzausschuss sowie dem Rat:

Beschlussvorschlag:

I. Sachentscheidung:

1. Die rechtlich unselbstständige und kommunal verwaltete Hüfferstiftung wird zum 31.12.2017 aufgelöst.
2. Das Vermögen der Hüfferstiftung wird mit Wirkung zum 01.01.2018 als Zustiftung im Rahmen eines Namensfonds von der rechtlich selbstständigen und kommunal verwalteten Stiftung Magdalenenhospital übernommen und bewirtschaftet. Der zukünftige Fonds führt unter dem Dach der Stiftung Magdalenenhospital weiterhin den Namen „Hüfferstiftung“. Der Fonds „Hüfferstiftung“ verfolgt uneingeschränkt den bisherigen Stiftungszweck.

II. Finanzielle Auswirkungen:

Mit der Auflösung der Hüfferstiftung fließen deren Gewinne/Verluste ab 2018 nicht mehr in das Ergebnis des Haushalts der Stadt Münster (Produktgruppe 1701 „Rechtlich unselbstständige Stiftungen“) ein.

Punkt 10 der Tagesordnung V/0511/2017

Verbindlicher kommunaler Pflegebedarfsplan für Münster 2017 - 2020

Frau Menke stellte die Vorlage vor und beantwortete Fragen der Mitglieder.

Der Ausschusses für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung beschloss die Vorlage einstimmig und empfahl dem Haupt- und Finanzausschuss sowie dem Rat:

Beschlussvorschlag:

I. Sachentscheidung:

1. Der Rat nimmt den verbindlichen kommunalen Pflegebedarfsplan 2017 – 2020 für Münster (Anlage) zur Kenntnis.

2. Der Rat stimmt zu, dass wie im Pflegebedarfsplan festgestellt kein Bedarf an neuen vollstationären Pflegeangeboten für die Jahre 2017 – 2020 in Münster (gesamt) besteht. Es werden keine Bedarfsbestätigungen für zusätzliche vollstationäre Plätze in Einrichtungen in Münster erteilt.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, alternative Angebotsformen wie Wohn- und Hausgemeinschaften und Quartiersangebote zur Sicherung einer umfassenden Pflege zu unterstützen.

II. Finanzielle Auswirkungen:

Keine

Nach der Abstimmung über die Vorlage wurde die gemeinsame Anfrage der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL vom 04.09.2017 an die Verwaltung wegen der Gewährung von Sachleistungen nach §§ 61 ff SGB XII (Hilfe zur Pflege) thematisiert. Die Anfrage ist der Niederschrift beigefügt – **Anlage 7**.

Frau Arnkens-Homann beantwortete die Anfrage und sagte zu, die Antwort in schriftlicher Form der Niederschrift beizufügen – **Anlage 8**.

Punkt 11 der Tagesordnung V/0651/2017	Handlungsempfehlungen der Kommunalen Gesundheitskonferenz zum Thema Männergesundheit
--	---

Herr Dr. Iseke stellte die Handlungsempfehlungen vor und beantwortete Fragen der Mitglieder.

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung nahm die Vorlage zur Kenntnis.

Punkt 12 der Tagesordnung V/0597/2017	Umsetzung des § 16h SGB II im Jobcenter der Stadt Münster
--	--

Herr Bierstedt stellte die Vorlage vor und beantwortete Fragen der Mitglieder.

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung nahm die Vorlage zur Kenntnis.

Punkt 13 der Tagesordnung V/0595/2017	Darstellung und Weiterentwicklung der öffentlich geförderten Beschäftigung (öGB) im Jobcenter der Stadt Münster
--	--

Herr Klaes-Klagge stellte die Vorlage vor. Er und Herr Bierstedt beantworteten Fragen der Mitglieder.

Frau Grönefeld führte aus, dass sie in der Vorlage Wirkungskennziffern vermisste, die die Maßnahmen messbar und damit steuerbar im Sinne der Zielsetzung machten. Dies habe sie zuvor bereits im Arbeitskreis der arbeitsmarktpolitischen Sprecher verdeutlicht.

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung beschloss die Vorlage einstimmig und empfahl dem Haupt- und Finanzausschuss sowie dem Rat:

Beschlussvorschlag:

Sachentscheidung:

1. Der Rat der Stadt Münster beauftragt das Jobcenter mit der Fortsetzung und Forcierung der „Drittmittelakquise“ im Bereich der öffentlich geförderten Beschäftigung.
2. Der Rat der Stadt Münster beschließt, dass die bereits im Rahmen von öffentlich geförderter Beschäftigung zur Verfügung gestellten kommunalen Finanzmittel soweit sie nicht im Zuge von Sonderprojekten (s. Nr. 3 des Beschlussvorschlages) Anwendung finden, in Einzelfällen auch zur Verlängerung der regulären Förderdauer öffentlich geförderter Beschäftigung genutzt werden können.
3. Der Antrag der Ratsfraktionen CDU und Bündnis 90/Die Grünen/GAL vom 27.10.2016 „Soziale Teilhabe durch Beschäftigung weiter erhöhen“, ist damit in der Beschlussfassung des Rates vom 14.12.17 aufgegriffen und umgesetzt.

II. Finanzielle Auswirkungen:

Die hierzu benötigten Finanzaufwendungen werden aus den bereits zur Verfügung gestellten Mitteln in Höhe von bis zu 216.000 Euro/Jahr entnommen.

Punkt 14 der Tagesordnung**Verschiedenes**

Keine Wortmeldungen.

gez.
Thomas Kollmann
Vorsitz

gez.
Barbara Hamisch
Schriftführung